



Binnenmarkt und Internethandel

EU-einheitliches Verbraucherrecht auf dem Weg

Die Turbulenzen, sensationellen Ereignisse und aufsehenerregenden Schlagzeilen rund um die aktuelle Finanzkrise haben dazu geführt, dass vom Ende einer Ära die Rede ist. Tatsächlich stehen wir am Beginn einer neuen Zeit. Aber es sind nicht die spektakulären Umwälzungen im Finanzsystem, die das Leben der Durchschnittsbürger in der EU grundlegend verändern werden. Vielmehr ist es der weniger beachtete, aber stetige Fortschritt in der Technik, nämlich in Form der digitalen Kommunikation und des Internets, der unser Leben für immer ändern wird.

In der EU nutzen 300 Millionen Menschen das World Wide Web. 150 Millionen kaufen bereits jetzt im Internet ein, 60 Prozent der EU-Bürger nutzen es, um Preise und Anbieter zu vergleichen, Tausende sind dabei, mithilfe des Internets kleine Unternehmen aufzubauen. Zu einer Zeit, da die Haushalte in Europa finanzielle Zwänge spüren und ihre Kaufkraft sinken sehen, können wir es uns nicht leisten, die Gelegenheiten, die das Internet bietet, ungenutzt zu lassen. Es wird geschätzt, dass im Jahr 2008 der Erlös aus dem Online-Handel in der EU 128 Milliarden Euro betragen wird, mit einem Zuwachs von 230 Prozent in den kommenden fünf Jahren. Allerdings nur, wenn wir die Weichen richtig stellen. Denn derzeit traut sich nur jeder fünfte Online-Einkäufer über die Grenze. Nur einer von fünf Einzelhändlern in der EU verkauft auch im Ausland. So kann es vorkommen, dass eine Digitalkamera in Finnland 33 Prozent mehr kostet als in Deutschland.

Es wäre ein Fehler, daraus den Schluss zu ziehen, dass Verbraucher oder Unternehmen sich nicht für den grenzüberschreitenden Online-Handel interessieren. Die Nachfrage nach einem reibungslosen Online-Markt innerhalb der EU steigt. Um diesen neuen gesamteuropäischen Online-Markt für den Einzelhandel auf den Weg zu bringen, hat die EU-Kommission diese Woche einen neuen Rechtsakt vorgeschlagen, mit dem die wichtigsten Rechte der Verbraucher in der gesamten EU harmonisiert werden. Es handelt sich um die größte Initiative zur Rechtsetzung, die die EU in der Verbraucherpolitik jemals gestartet hat. Sie wird ein einheitliches, einfaches Recht

für die Verbraucher in der gesamten EU nach sich ziehen, unabhängig davon, wo sie sich befinden oder wo sie einkaufen. Die Verbraucher müssen über grundlegende Dinge informiert werden, bevor sie einen Vertrag abschließen, etwa über den Endverbraucherpreis und die Eigenschaften des betreffenden Produkts. Missbräuchliche Vertragsklauseln werden in der gesamten EU verboten. Der neue Rechtsakt trägt dem Bedarf des Handels per Handy und Internet dadurch Rechnung, dass er E-Mails, Weblinks und Dateien als für Geschäftspartner rechtsgültige Informationen vorsieht. Regelungen zur Lieferung, Rücktrittsrecht, Überdenkungsfristen und mangelhafte Produkte werden definiert, und die entsprechenden Vorschriften gelten ausnahmslos für sämtliche Einzelhändler in der EU. Mit dem oben genannten Vorschlag sollten sich Verbraucher auch den Online-Einkauf überall in der EU zutrauen. Die Verbraucher fordern bestmöglichen Schutz. Die EU wird diesen sicherstellen. (Meglana Kuneva).



»Die EU muss dringend das Problem eines zersplitterten und ineffizienten Marktes auf Einzelhandelsebene in Angriff nehmen.«

Meglana Kuneva, EU-Kommissarin für Verbraucherschutz

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE:

Biosprit bleibt wichtig +++ Schutz der Sparer erhöht +++ Frauen sollen Familie und Beruf besser vereinbaren können +++ Umweltausschuss des EU-Parlaments zum Emissionshandel +++ Workshops und Wettbewerbe +++ Termine

Neue Initiativen zur Migrationspolitik

Die EU-Kommission hat eine neue Initiative gestartet, um die Gesamtstrategie der Union zu Migration, Integration und Familienzusammenführung zu stärken. Dazu hat die Kommission drei offizielle Dokumente zum Thema veröffentlicht. „Die Migrationspolitik bleibt auf der Agenda der Europäischen Union ganz oben“, sagte der zuständige Kommissar für Freiheit, Sicherheit und Recht, Jacques Barrot. „Die Kommission ist überzeugt, dass eine umfassende Migrationsstrategie möglich ist, die die Interessen aller Mitgliedsländer berücksichtigt.“ Am 16. Oktober wird der Europäische Rat den Europäischen Pakt zu Immigration und Asyl verabschieden. Mit den drei heute veröffentlichten Dokumenten legt die EU-Kommission schon jetzt konkrete Vorschläge auf den Tisch. Dabei geht es um drei Ziele: Kohärente Migrationspolitik in Zusammenarbeit mit Drittstaaten, Stärkung der Integration von Einwanderern und Anerkennung des Rechtes auf Familienzusammenführung. Ein weiterer Bericht für die EU-Ministerkonferenz 2008 zum Thema „Integration“, die am 3. und 4. November in Vichy stattfinden wird, hebt Integrationsansätze hervor, die die gesamte Gesellschaft einbeziehen. Dabei soll es vor allem um Maßnahmen gehen, die auf die Aufnahmegesellschaften abzielen.

→ http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/fsj_immigration_intro_en.htm

Biosprit bleibt wichtiger Bestandteil der Klimastrategie

Für die EU-Kommission bleibt Biokraftstoff ein wichtiger Bestandteil der Klimastrategie. Das machte Klaus-Dieter Borchardt, stellvertretender Chef im Kabinett der EU-Kommissarin für Landwirtschaft, Mariann Fischer Boel, in Berlin deutlich. Bei einer Podiumsdiskussion im Europäischen Haus wies er darauf hin, dass die EU den Konflikt „Tank oder Teller“ entschärfen will, indem sie die Entwicklung der Biokraftstoffe der 2. Generation aus Abfall und Holzresten unterstützt. Außerdem soll die nachhaltige Produktion gefördert werden. Ziel ist es, nur solchen Biosprit nach Europa einzuführen, der auf Böden gewonnen wurde, die nicht auf Kosten des Regenwaldes gerodet wurden. Auch in Europa sollten nur die Böden zum Anbau von Biokraftstoffen verwendet werden, die für den Getreideanbau nicht geeignet sind. Die weltweit hohen Preise für Getreide dürften laut Borchardt nicht zum Vorwand genommen werden, „die Bioenergieproduktion zum Sündenbock zu machen“.

→ http://ec.europa.eu/commission_barroso/fischer-boel/index_en.htm

Wer bekommt Geld von der EU?

Eine neue Webseite gibt erstmals Zugriff auf Informationen über die Empfänger von EU-Finanzmitteln. Die Webseite „Finanztransparenzsystem“ (FTS) informiert über die von der EU-Kommission und den Exekutivagenturen direkt verwalteten Mittel. Der Benutzer kann sich Einzelheiten zu den Finanzhilfen ansehen, wenn zum Beispiel Empfängername und Haushaltstitel bekannt sind. Die Website enthält etwa 28.000 Einträge.

→ http://ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm

Catherine Ashton neue EU-Handelskommissarin

Catherine Ashton ist in dieser Woche vom Ministerrat als neue EU-Kommissarin für Außenhandel bestätigt worden. Sie folgt Peter Mandelson nach, der als Wirtschaftsminister in die britische Regierung wechselt. Ashton wird noch dem Handelsausschuss des Europäischen Parlaments Rede und Antwort stehen. Sie war am Freitag vom britischen Premierminister Gordon Brown in Absprache mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nominiert worden. Sie vertrat zuletzt die Labour Party im britischen Oberhaus.

→ <http://ec.europa.eu/trade>

Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt

Die EU-Kommission hat in dieser Woche ein Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt angenommen. Damit soll eine umfassende Konsultation regionaler und lokaler Behörden, Vereinigungen und sonstiger Organisationen eingeleitet werden. Hintergrund ist, dass Europa ein Siedlungsmuster aufweist, das sich deutlich von dem der restlichen Welt unterscheidet. In der EU leben nur sieben Prozent der Bevölkerung in Städten mit mehr als fünf Millionen Einwohnern (gegenüber 25 Prozent in den USA). Bisher ist es Europa gelungen, ein relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen Verstädterung und Schutz des ländlichen Raums zu wahren. Das Grünbuch hebt diesen Vorteil hervor und zeigt Wege und Mittel auf, um die Abwanderung aus ländlichen Gebieten oder Zersiedelung zu vermeiden. Die öffentliche Konsultation läuft bis Ende Februar 2009; Ende Frühjahr 2009 wird die Kommission eine Analyse der Ergebnisse vorlegen.

→ http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Ecofin-Rat

EU-Finanzminister erhöhen Schutz der Sparer

Als Reaktion auf die Finanzkrise hat der Rat der EU-Finanzminister (Ecofin) Anfang der Woche beschlossen, Großbanken im Notfall unter die Arme zu greifen und den Schutz von Spargeldern zu erhöhen. Hauptziel sei es, das Vertrauen in das Finanzsystem zu sichern.

Systemrelevante Banken würden, so der Beschluss der EU-Finanzminister, in jedem Fall gestützt werden. Solche Aktionen sollen eng abgestimmt erfolgen und grenzüberschreitende Effekte nationaler Entscheidungen berücksichtigen. Sie müssen befristet sein und das Management der betroffenen Finanzinstitute kann zur Rechenschaft gezogen werden. Auch auf die Höhe der Vergütungen sollte Einfluss genommen werden können.

Zum Schutz der Sparer hat der Ecofin-Rat beschlossen, die gesetzliche Mindesteinlagensicherung in der EU für mindestens ein Jahr lang von 20.000 auf 50.000 Euro zu erhöhen. Dazu kündigte EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy neue EU-Gesetzesvorschläge an. Da dieses Verfahren erfahrungsgemäß dauert, haben sich die Finanzminister verpflichtet, die Mindestgrenzen ihrer gesetzlichen Einlagensicherung schon jetzt auf 50.000 Euro anzuheben. Einige Mitgliedstaaten haben jedoch ohnehin vor, den Mindestsatz auf 100.000 Euro anzuheben. Zudem sollen die Bilanzierungsregeln für Banken geändert werden, so die Minister.

→ <http://www.consilium.europa.eu>

Informationszentrum für Migration in Mali eröffnet

Ein Informationszentrum für Migration in Mali soll der Europäischen Union dabei helfen, die legale Einwanderung aus Afrika zu steuern und die illegale Zuwanderung zu bremsen. Das Centre for Migration Information and Management (CIGEM) in Malis Hauptstadt Bamako wurde am 6. Oktober von Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung, und Malis Präsident Amadou Toumani Touré eröffnet. Das CIGEM ist ein Pilotprojekt. Es ist das erste Informationszentrum dieser Art in einem Land Afrikas südlich der Sahara. Etwa 30 Malier und einige europäische Experten sollen hier die Bevölkerung auf der Suche nach legaler Einreise, Arbeit und Ausbildung in Europa beraten und Rückkehrer betreuen. Zudem sollen potenzielle Auswanderer über die Gefahren einer illegalen Einreise in die EU aufgeklärt werden. Auch wird das Zentrum Mali dabei helfen, eine eigene Migrationspolitik zu formulieren.

→ http://ec.europa.eu/commission_barroso/michel/index_en.html

ZITAT DER WOCHE

»Für Europa ist nicht Einheit das Zauberwort, sondern die Einigkeit. Einigkeit und Toleranz sind die entscheidenden europäischen Staatstugenden.«

Rede von Bundesminister Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes, zum Tag der deutschen Einheit in Brüssel

Foto: EU-Kommission



Volles Haus am Tag der Offenen Tür: Am 3. Oktober besuchten rund 4.000 Bürger das Europäische Haus Unter den Linden in der Nähe des Pariser Platzes. Sie konnten sich unter anderem an Führungen durch die Vertretung der EU-Kommission oder an einem europäischen Sprachenquiz beteiligen. Kinder malten ihr Europa, und es gab die Möglichkeit, sich gleich mit „zwei Präsidenten“ fotografieren zu lassen.

EU-Kommission zur Familienpolitik

Familie und Beruf besser vereinbaren können

Frauen brauchen mehr Chancen, um auch mit Kindern im Beruf erfolgreich sein zu können. Statt mindestens 14 sollen europaweit 18 Wochen Mutterschutz eingeführt werden. Gleiches soll auch für selbstständig tätige oder im Familienbetrieb mithelfende Frauen gelten. Das sehen zwei Richtlinienvorschläge der Kommission vor. Sie sind Teil eines Gesamtpakets der EU-Kommission zur Familienpolitik.

„Kinder zu bekommen, kostet Frauen zu häufig ihr Einkommen und verbaut allzu oft ihre beruflichen Chancen“, mahnte EU-Sozialkommissar Vladimir Špidla letzten Freitag in Brüssel. „Nur 65,5 Prozent der Frauen mit Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach, aber 91,7 Prozent aller Väter.“ Dass es auch anders geht, zeigt die Statistik: Wo erwerbstätige Frauen gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder vorfinden, steigen die Geburtenraten. Das ist der Hintergrund der Initiative: Europa braucht, um sich wirtschaftlich zu behaupten, mehr erwerbstätige Frauen. Deshalb will die Kommission den Mutterschutz ausweiten und dafür sorgen, dass Karriere und Kinder keine unvereinbaren Lebensziele bleiben.

Mutterschutz länger und flexibler

EU-weit soll die Mindestdauer des Mutterschutzes auf 18 Wochen steigen. Sechs Wochen sollen nach der Geburt genommen werden, die restliche Zeit können sich die Frauen frei einteilen. Niemand wird mehr gezwungen, einen bestimmten Teil vor der Geburt zu nehmen, wie in Deutschland vorgeschrieben. Der Kündigungsschutz soll wirksamer werden: Für eine Entlassung bis zu einem Jahr nach Ende des Mutterschutzes muss der Arbeitgeber „substanzielle Gründe in schriftlicher Form“ vorweisen. Die müssen dann einer arbeitsgerichtlichen Nachprüfung standhalten. Frauen während des Mutterschaftsurlaubs 100 Prozent ihres Arbeitsentgelts zu zahlen, wie in Deutschland üblich, ist allerdings nur eine Empfehlung. Die Mitgliedstaaten können auch eine Obergrenze angeglichen an die Höhe der Lohnfortzahlung bei Krankheit festlegen.

Anspruch auf Mutterschaftsurlaub sollen auch Selbstständige oder im Betrieb des Mannes mitarbeitende Ehepartnerinnen bekommen – wahlweise in Form einer Geldleistung oder einer befristeten Vertretung. Schließlich kündigte Špidla eine Initiative für einen



Foto: Jan Pauls

Vaterschaftsurlaub an. Das Wunschziel sind „ähnliche Vorgaben“ für Männer wie für Frauen.

Mehrkosten 500 Millionen

Nicht dieses Ziel allerdings sorgte in Deutschland für Ärger, sondern die Dauer des Mutterschutzes. Die Gewerkschaften begrüßten den Plan, die Arbeitgeber warnten vor den Kosten und für die Bundesregierung ist der heutige deutsche Mutterschutz vorbildlich. Tatsächlich ist nur die EU-Mindestfrist verankert, damit rangiert Deutschland unter den EU-Staaten weit hinten. In Großbritannien und Irland dauert die Auszeit 26 Wochen, in Tschechien 28 Wochen, in Frankreich bei einer Zwillingsgeburt sogar 34 Wochen.

Andererseits ist nicht unwichtig, wie die Mütter finanziell gestellt sind: Und da sind die meisten EU-Länder von der deutschen Lohnfortzahlung weit entfernt. Auch beim anschließenden Elterngeld sei man „weiter als viele andere Länder der EU“, betonte die Bundesregierung.

Mehr Mutterschutz kostet Geld, da hinter die Lohnfortzahlung kein Weg zurückführt. Laut Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wären es 500 Millionen Euro Mehrkosten im Jahr – derzeit bringen die Unternehmen 1,6 Milliarden Euro im Jahr auf. Die BDA ärgert die Erhöhung, mehr noch die Zahlungsverpflichtung überhaupt: Seit langem sieht er im Mutterschutz eine Aufgabe, die aus dem Steueraufkommen finanziert werden müsse.

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE VON FRAUEN IN EUROPA

ausgewählte Länder (Stand 2006)

Malta	35%
Italien	43%
Polen	45%
EU-Durchschnitt	57,2 %
Frankreich	58%
Deutschland	61%
Großbritannien	64%
Schweden	70,7%
Dänemark	73,4 %

Ein Ziel der Lissabon-Strategie ist es, dass EU-weit 60 Prozent der Frauen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Von 2001 bis 2006 ist die Beschäftigungsquote bei den Frauen um fast drei Prozent von 54,3 auf 57,2 Prozent gestiegen (bei den Männern nur um 0,7 Prozent, allerdings auf 71,6 Prozent).

Quelle: EU-Kommissionsbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern vom Januar 2008.

Widerstand aus Berlin

Kein Cent fließt aus der Staatskasse, trotzdem kündigte Berlin umgehend Widerstand gegen die Brüsseler Pläne an: Die Regelung könne zum „Bumerang“ für Frauen werden, warnte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Der EU-Vorschlag erhöht die finanziellen Risiken für Arbeitgeber, die junge Frauen beschäftigen“, erläuterte ihr Ministerium. Dabei regelt das Aufwendungsausgleichsgesetz die Ausgaben für Mütter. Seit 2006 zahlen alle Arbeitgeber in einen Fonds bei den Krankenkassen, aus dem die Mutterschaftsgelder fließen. So ist es für das einzelne Unternehmen finanziell unerheblich, ob und wie lange Mitarbeiterinnen in Mutterschutz sind. Bei einem längeren Mutterschutz-Urlaub würden allerdings die Fondsbeiträge steigen.

EU-Sozialkommissar Špidla will die Bedenken wegen hoher Kosten nicht gelten lassen. „Das wird nur einen Bruchteil dessen kosten, was heute den Banken gezahlt wird, um sie aus der Verlegenheit zu bringen“, betonte er. „Das ist eine Investition in die Zukunft.“ Im EU-Parlament stießen seine Vorschläge fraktionsübergreifend auf Zustimmung. Die SPD-Europaabgeordnete Karin Jöns erklärte: „Müttern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ist seit Jahren gesellschaftlicher Konsens.“

Der EU-Ministerrat und das Europaparlament müssen nun über die Pläne abstimmen. Im Ministerrat gilt das Verfahren der „qualifizierten Mehrheit“. Einzelne Länder haben somit keine Möglichkeit, den Prozess zu blockieren. Das bedeutet: Im EU-Ministerrat könnte Deutschland überstimmt werden. Dann könnten die Richtlinien 2011 umgesetzt sein. (mb)

→ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=606&langId=de>

VERSORGUNGSLÜCKEN BEI DER KINDERBETREUUNG

Die EU wird bis 2013 eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen bereitstellen. Trotz gewisser Fortschritte steht es damit nämlich europaweit noch nicht zum Besten. Ein Bericht der Kommission enthält erstmals vergleichbare Daten. Danach deckt das Angebot in den meisten EU-Ländern den Bedarf bei weitem nicht, was Eltern (vor allem Müttern) eine Erwerbstätigkeit erschwert. Die meisten Mitgliedstaaten haben die Zielvorgaben - Betreuungsplätze für 90 Prozent der Kinder ab drei Jahren und für 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren - klar verfehlt. Bei den Kindern kurz vor dem Schulpflichtalter gehört Deutschland zur Spitzengruppe, die das Ziel 90-Prozent-Versorgung übertroffen hat. Bei den Jüngsten allerdings liegt es nur im Mittelfeld. Bei näherer Analyse der Daten handelt es sich aber häufig um Halbtageseinrichtungen, die den Bedürfnissen der Eltern zu wenig Rechnung tragen: oft zu teuer, die Öffnungszeiten häufig nicht mit einer Vollzeit-Erwerbsarbeit oder mit atypischen Arbeitszeiten vereinbar. In Barcelona hatten sich die Staats- und Regierungschefs 2002 auf Versorgungsquoten festgelegt. Diese „Ziele von Barcelona“, erinnert die Kommission, sind Bestandteil der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Sie sollen dazu beitragen, dass junge Eltern - insbesondere Frauen - erwerbstätig sein können. EU-weit geben über sechs Millionen Frauen zwischen 25 und 49 Jahren an, sie könnten wegen ihrer familiären Verpflichtungen nicht oder nur in Teilzeit arbeiten. Ein Viertel der Betroffenen sieht im Fehlen von Kinderbetreuungsplätzen oder ihren Kosten das Hauptproblem.

→ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=604&langId=en>

Emissionshandel

Ausnahmen für starke Energieverbraucher

Die Energiewirtschaft und das verarbeitende Gewerbe der Europäischen Union werden in Zukunft ihre Emissionsrechte für CO₂ voraussichtlich voll bezahlen müssen. Ausnahmen wird es jedoch geben für Branchen, die besonders viel Energie verbrauchen und stark im internationalen Wettbewerb stehen. Diese werden ihre Rechte kostenlos erhalten. Welche Branchen das sein werden, ist nun die große Frage.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments beschloss Anfang dieser Woche, die Vorschläge der EU-Kommission vom Januar 2008 im Wesentlichen zu unterstützen. Insgesamt verabschiedete der Umweltausschuss Empfehlungen zu drei Themen des Klimaschutzes: zum Handel mit Emissionszertifikaten (ETS), zur CO₂-Speicherung und zur Ausweitung des ETS auf den Schiffsverkehr. Ende des Jahres will das EU-Parlament die Novelle der EU-Richtlinie zum Emissionsrechtehandel im Plenum beschließen, damit das EU-Emissionshandelssystem für die Periode 2013 bis 2020 plangemäß in Kraft treten kann.

Alle Branchen, die vom Handelsmechanismus erfasst werden, müssen jährlich für ihren CO₂-Ausstoß entsprechend Emissionsrechte vorweisen. Klar ist inzwischen, dass die Stromwirtschaft alle Emissionsrechte voll kaufen muss. „Das Votum des Ausschusses ist ein weiterer entscheidender Schritt, der uns dem Ziel einer Einigung zwischen Parlament und Rat näher bringt, so dass die EU bis zum UN-Klimagipfel in Poznan in Polen im Dezember diesen Jahres eine gemeinsame Position hat“, sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas.

Der Umweltausschuss hat die Kommissionsvorschläge in einigen Punkten modifiziert. So sollen von 2013 an statt 20 Prozent nur 15 Prozent der Rechte ersteigert werden müssen. Den Rest bekommen die Firmen kostenlos. Allerdings steigt die Quote der Rechte, die gekauft werden müssen, bis 2020 schrittweise auf 100 Prozent. Damit kommen die Parlamentarier Forderungen der Industrie entgegen, bleiben aber im Endeffekt hart. Außerdem beschlossen sie, den Kreis der Kleinunternehmen, für die die Mitgliedstaaten die Belastung senken können, etwa in Form von Steuerermäßigungen oder durch Ausnahmen vom Handelssystem, zu erweitern: Statt bis 10.000 Tonnen CO₂ pro Jahr sind solche Ausnahmen nun bis zu einem Ausstoß von 25.000 Tonnen möglich.

Hauptstreitpunkt ist jedoch das so genannte „carbon leakage“-Problem. Darunter versteht man den Import von Waren, bei deren Herstellung außerhalb der EU beson-

ders viel CO₂-Ausstoß anfällt. Die Industrie fordert, bis zu einem internationalen Abkommen, das die energieintensive Produktion weltweit regelt, betroffene Industrien voll auszunehmen (hb).

→ http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/index_en.htm



NACHGEFRAGT:
Drei Fragen an Dagmar Roth-Behrendt, MdEP (SPD), Mitglied im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments

Warum braucht Europa überhaupt den Emissionshandel für CO₂?

Das Klima-Ziel der EU lautet: Reduktion der Emissionen von CO₂ bis 2020 um 20 Prozent. Um das zu erreichen, müssen die Emissionen teurer werden, und zwar für alle. Es kann ja nicht sein, dass wir die Regeln für den Autoverkehr verschärfen und beim Emissionshandel die Industrie ausnehmen. Der Beitrag muss fair verteilt sein. Dafür brauchen die Unternehmen aber auch langfristige Planungssicherheit.

Sie kamen der Industrie mit einer Absenkung der Versteigerungsquote im ersten Jahr auf 15 Prozent etwas entgegen. Wo bleibt der Ausschuss hart gegen die Wünsche der Industrie?

Der Umwelt-Ausschuss nimmt die Sorgen der Industrie ernst, mindestens so sehr wie übrigens der Industrie-Ausschuss. 15 Prozent Versteigerungsquote ist aber das absolute Minimum. Was wir nicht machen können, ist eine Obergrenze für die Versteigerungsquote für alle Zeit. Was mit kostenlosen Zuteilungen passiert, haben wir in den vergangenen Jahren bei der Stromwirtschaft gesehen. Was haben die Konzerne mit dem Geld aus den kostenlos zuteilten Zertifikaten denn gemacht?

Was ist die Position des Ausschusses zum Thema „carbon leakage“?

Branchen mit hohem Energieverbrauch, die in einem scharfen internationalen Wettbewerb stehen, müssen Ausnahmen erhalten. Hier gibt es allerdings schwierige Abgrenzungsprobleme. Wir fordern die Kommission auf, schon bis Sommer 2010 eine Lösung für diese Branchen vorzulegen, nicht erst 2011. Wir können unsere Klimapolitik nicht von dem Zustandekommen eines internationalen Abkommens abhängig machen.

AKTUELLES

ROADSHOW ZUR UNIONSBÜRGERSCHAFT



Vom 15. bis 25. Oktober 2008 veranstaltet die Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit der EU-Kommission eine Informationstour durch 60 deutsche Städte. Dabei soll das Bewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern für die Europäische Unionsbürgerschaft gefördert werden. Speziell geschulte Teams beantworten in jeder Stadt die Fragen der Bevölkerung. Unterstützt wird die Tour von Bürger Europas e.V.. Ein Quiz, Filme, Broschüren und andere Materialien stehen zur Verfügung. Den Auftakt der Tour bildet eine Pressekonferenz:

Zeit: 14. Oktober 2008 um 11 Uhr

Ort: Europäischen Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Weitere Informationen

→ <http://www.buerger-europas.de>

WORKSHOP

„EUROPA WEBGESTÜTZT IM UNTERRICHT“

Das Internet steht im Mittelpunkt dieses Workshops für Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe II. Dabei geht es um die Frage: Kann Europa und die Geschichte der europäischen Integration mit Hilfe einer webbasierten Datenbank im Unterricht erfahrbar gemacht werden? Welche Möglichkeiten bietet das Internetportal www.ena.lu, Europa-Themen im Unterricht zu behandeln? Veranstalter dieses Workshops sind die Bundeszentrale für politische Bildung und die Europäische Akademie Otzenhausen.

Zeit: 13.-15.11.2008

Ort: Europäische Akademie Otzenhausen, Europastraße 35, 66620 Nonnweiler

Weitere Informationen

→ <http://www.bpb.de/Veranstaltungen>

WETTBEWERB

7. EUROPÄISCHER DESIGNWETTBEWERB ARGUS

Studenten der Fachrichtungen Automobil- und Industriedesign, Bildende Kunst und Architektur sind dazu aufgefordert, ein innovatives Fahrzeug zu erfinden. Ziel ist es, originelle, umweltfreundliche und wirklich nutzbare Konzepte für die Bewegung von Waren und Menschen zu entwickeln. Der Gewinner erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro und einen Praktikumsplatz in der Designabteilung eines renommierten Automobilherstellers.

Weitere Informationen

→ <http://www.argusauto.com/trophees/en/index.cfm>

Alle Angaben ohne Gewähr

PUBLIKATIONEN

50 JAHRE EUROPÄISCHE INTEGRATION

In einer breit angelegten Studie untersucht Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Integrationsforschung, den fünfzigjährigen Entwicklungsprozess der europäischen Integration und seine weltpolitischen und wissenschaftstheoretischen Zusammenhänge. Unter anderem geht es um die Frage nach dem Zusammenhang zwischen europäischer Integration und transatlantischen Beziehungen und der Auswirkung von Krisen innerhalb der Union auf den Integrationsprozess. Kühnhardts Studie ist ein grundlegender Beitrag zur Standortbestimmung der Europäischen Union am Ende einer schwierigen Phase ihrer Entwicklung.

Weitere Informationen

Ludger Kühnhardt, European Union – The Second Founding:

The Changing Rationale of European Integration, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Baden-Baden 2008

→ <http://www.zei.de/>

EU-WATCH 27

Die irische Bevölkerung hat am 12. Juni 2008 in einem Referendum den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Die Länderberichte der jüngsten Ausgabe von EU-27 Watch zeigen die Resonanz auf diese Entscheidung in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in Kroatien und der Türkei. Weitere Themen dieser Ausgabe sind unter anderem die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU, zur politischen Führung der EU und zur Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Publikation steht auf der Seite des Instituts für Europäische Politik zum Download bereit.

Weitere Informationen

→ <http://www.iep-berlin.de>

EUROPA IN DEN KÖPFEN – EUROPA IM KOFFER

Beim Seminar „Europa in den Köpfen – Europa im Koffer“ dreht sich alles um die Frage, was Menschen interessiert, was sie mobilisiert und sie schließlich zu engagierten EU-Bürgern macht. Das Engagement der Bundesregierung und die Rolle Deutschlands werden am aktuellen Beispiel der auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene initiierten „Bürgerforen“ veranschaulicht. Dazu passend wird der „Berliner Europakoffer“ vorgestellt, der eine „Grundausrüstung“ enthält, Europa Berliner Schülern näher zu bringen.

Zeit: 19.-22.10.2008, ab 16.00 Uhr

Ort: Europäische Akademie Berlin, Bismarckstraße 46/48, 14193 Berlin

Weitere Informationen

→ <http://www.eab-berlin.de>

KORRIGENDUM

Die Konferenz „Europa eine Seele geben“ findet erst am 14. und 15. November in Berlin (Dresdner Bank, Pariser Platz) statt. Wir haben sie in der Ausgabe Nr. 32 auf den 14./15.10. verlegt.

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

31.10.2008

EU-Kommissar **Vladimír Špidla**, zuständig für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, in **Kassel**.

TERMINVORSCHAU BIS 1.11.2008

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
23.10.2008 18.30 Uhr	Vortrag „Friedenspolitik der EU, Einsätze in Krisengebieten“ Veranstalter: u.a. Europäische Bewegung NRW	Rathaus Münster Prinzpalmarkt 10 48143 Münster	www.europa-union-muenster.de
25.-26.10.2008 ab 10.30Uhr	Seminar „Wo bleibt das Soziale Europa“ Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung	Akademie Schloß Schney Schloßplatz 8 96215 Lichtenfels	www.franken-akademie.de
26.10-1.11.2008	Seminar „Entdeckungsreise Europa: Ich bin Europäer, und Du? Migration und Integration – Möglichkeit und Chancen“ Veranstalter: Europa Haus Marienberg	Europa-Haus Marienberg Europastr. 1 56470 Bad Marienberg	www.europa-haus-marienberg.de
27.10.2008 12.30-14.00 Uhr	Vortrag „Ein gefährliches altes Gespenst – Antisemitismus in Europa“ Veranstalter: Konrad-Adenauer Stiftung	Crowne Plaza Hotel Bahnhofstr. 12 65185 Wiesbaden	www.kas.de
28.10.2008 13.00-18.00 Uhr	Informationsveranstaltung „Neue Chancen im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU“ Veranstalter: enterprise europe network Thüringen	Anwendungszentrum Mikro-systemtechnik (AZM) Erfurt Konrad-Zuse-Str. 14 99099 Erfurt	www.een-thueringen.eu
29.10.2008 10.00-17.00 Uhr	Europasprechtage „Leben, Arbeiten, Geschäfte machen in Europa und der Großregion“ Veranstalter: EIC Trier	EIC Trier Bahnhofstraße 30-32 54292 Trier	www.eic-trier.de
30.10.2008 10.00-13.00 Uhr	Workshop „Malta – Hightech-Drehscheibe im Mittelmeer“ Veranstalter: enterprise europe network	IHK Akademie Orleansstraße 10-12 81669 München	Anmeldung unter germanyoffice@maltaenterprise.com
30.10.2008 20.00 Uhr	Vortrag „Südosteuropa: Junge Staaten in alten Grenzen“ Veranstalter: Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft (SHUG)	Schule Rugenbergen Ellerbeker Straße 25 25474 Bönningstedt	www.uni-kiel.de
31.10.-2.11.2008 ab 12.00 Uhr	Planspiel „Europa vor dem Ansturm der Armen? Europäische Sicherheit und die „Dritte Welt““ Veranstalter: Europäische Akademie Bayern	Haus Buchenried Assenbacher Str. 45 82335 Berg – Leoni	www.europaeische-akademie.de
1.-6.11.2008 ab 11.15 Uhr	Seminar „Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ Veranstalter: Europäische Akademie NRW	Europäische Akademie NRW Weberstraße 118 53113 Bonn	www.whi-berlin.de

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Dielind Jering (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de
Vertretung in Bonn:
Berthavon-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09-50
Vertretung in München:
Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Tarek Chafik (tch), Michael Bechtel (mb), Annette Conradt, Franziska Bornefeld • Thomas und Roth (GbR)
Presse & PR • Bülowstr. 90 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 info@thomas-pr.de • www.thomas-pr.de
Herstellung: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.
Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.
© Europäische Kommission, 2008